Vereinbarung

zwischen

**der Bundesrepublik Deutschland (Straßenbauverwaltung), vertreten durch das Land Baden-Württemberg, dieses wiederum vertreten durch das Regierungspräsidium Karlsruhe,
im Folgenden kurz** **- Bund -**

und

**der Gemeinde Weingarten,
im Folgenden kurz** **- Gemeinde -**

über

die Beteiligung der Gemeinde an Maßnahmen des Bundes zur Wiedervernetzung von Lebensräumen an der bestehenden B 3 zwischen Weingarten und Weingarten zur Erlangung von Ökopunkten.

Kilometrierung nach Feldkarte:

von	VNK 6917 005	NNK 6917 017	Station	2 + 500
bis	VNK 6917 005	NNK 6917 017	Station	2 + 900

Anlagen:

- Feldkarte
- Ablöseberechnung

§ 1

Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Der Bund erweitert und verbessert in o.g. Abschnitt der B 3 auf den Gemarkungen Bruchsal und Weingarten die vorhandenen Amphibienleiteinrichtungen und Durchlässe. An diesen vom Bund geplanten Maßnahmen beteiligt sich die Gemeinde an den Herstellungskosten zur Erlangung der sich daraus ergebenden Ökopunkten in Höhe von je vier Ökopunkten je ein Euro Herstellungskosten.
- (2) Die Vereinbarung regelt die Planung, Baudurchführung, Unterhaltung und die Kostentragung für die Wiedervernetzungsmaßnahme.
- (3) Der Bund führt die gesamte Planung und die Umsetzung der Wiedervernetzungsmaßnahme durch. Planerische Tätigkeiten durch die Gemeinde sind nicht erforderlich. Die Gemeinde beantragt jedoch die Ökopunkte in eigener Zuständigkeit.

§ 2

Kostentragung

Für die Herstellung der Wiedervernetzungsmaßnahme, einschließlich der zugehörigen Planung und Baudurchführung, erhält der Bund von der Gemeinde einen Festbetrag von 198.099,00 EUR, zuzüglich des Ablösebetrags gemäß § 6 in Höhe von 41.898,89 EUR. Diese Gesamtkosten werden erst nach abgeschlossener Herstellung der Wiedervernetzungsmaßnahme fällig.

Die Kostenanteile betragen im Einzelnen:

Herstellungskosten (Bau und Grunderwerbskosten)	183.425,00 EUR
<u>Verwaltungskosten [8,0 %]</u>	<u>14.674,00 EUR</u>
Zwischensumme	198.099,00 EUR
<u>Ablösebetrag</u>	<u>41.898,89 EUR</u>
Gesamtbetrag	239.997,89 EUR

§ 3

Planung und Ökopunkte

- (1) Der Bund führt die Planung sowie das Genehmigungsverfahren durch. Abstimmungen des Bundes mit der Gemeinde über Planungsinhalte, die über die Beteiligung der Gemeinde als TÖB im Genehmigungsverfahren hinausgehen, erfolgen nicht.

- (2) Das Ergebnis des Genehmigungsverfahrens wird der Gemeinde vom Bund zur Kenntnis übersandt. Die Gemeinde beantragt daraufhin innerhalb von 6 Monaten Ihren Anteil der Ökopunkte, damit diese rechtzeitig vor der Ausschreibung der Maßnahme genehmigt sind.
- (3) Ein Rechtsanspruch der Gemeinde gegenüber dem Bund zur Planung und Umsetzung der Wiedervernetzungsmaßnahme besteht nicht. Stellt der Bund die Planung bzw. Umsetzung ein, macht der Bund gegenüber der Gemeinde keine Kosten geltend.

§ 4

Grunderwerb

Gegebenfalls erforderlicher Grunderwerb wird durch den Bund durchgeführt. Die Schlussvermessung wird dann vom Bund beantragt.

§ 5

Ausführung der Arbeiten, Mängelansprüche

- (1) Die Gemeinde beauftragt den Bund die auf die Gemeinde entfallenden Arbeiten an die bauausführenden Firmen zu vergeben.
- (2) Die Gemeinde ist nicht weisungsbefugt gegenüber den bauausführenden Firmen.
- (3) Der Bund stimmt sich vor dem Beginn der Herstellung der Wiedervernetzungsanlage mit der Gemeinde über die erfolgte Genehmigung der Ökopunkte ab.
- (4) Der Bund wickelt die Verträge ab, nimmt die Bauleistungen ab, überwacht die Mängelanspruchsfristen und macht Mängelansprüche gegenüber den Auftragnehmern, auch namens der Gemeinde, geltend.

§ 6

Baulast und Unterhaltung

- (1) Der von der Gemeinde finanzierte Teil der Wiedervernetzungsanlage an der B 3 geht nach der Herstellung in die Baulast des Bundes über. Dem Bund obliegen der Betrieb, die laufende Unterhaltung und die Erneuerung der Wiedervernetzungsanlage.
- (2) Die dadurch dem Bund entstehenden Unterhaltungsmehrkosten sind von der Gemeinde an den Bund kapitalisiert in einem Betrag zu erstatten. Die Höhe des Ablösungsbetrages regelt sich nach der Verordnung zur Berechnung von Ablö-

sungsbeträgen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz, dem Bundesfernstraßengesetz und dem Bundeswasserstraßengesetz (Ablösungsbeträgeberechnungsverordnung-ABBV). Demnach ergibt sich ein Ablösungsbetrag gemäß Anlage in Höhe von 41.898,89 EUR, den die Gemeinde an den Bund zu zahlen hat.

- (3) Die Zahlung des Ablösungsbetrages wird fällig mit der Abnahme der Ausgleichsmaßnahmen.

§ 7

Zahlungsabwicklung

- (1) Der Bund stellt nach der Abnahme der Wiedervernetzungsmaßnahme der Gemeinde den Gesamtbetrag in Höhe von 239.997,89 EUR in Rechnung. Die Zahlung dieser Rechnung durch die Gemeinde an den Bund erfolgt daraufhin innerhalb von vier Wochen nach Rechnungseingang, danach werden Verzugszinsen in Höhe von 9 %-Punkten über dem Basiszinssatz fällig.

§ 8

Änderungen

Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

§ 9

Fertigungen

Diese Vereinbarung wird 3-fach gefertigt. Eine Fertigung erhält die Gemeinde. Die übrigen 2 Fertigungen sind für den Bund bestimmt.

Für die Gemeinde:

Für den Bund:

Weingarten,

Karlsruhe,

.....
Text

Gemeinde Weingarten

Text

.....
Jürgen Genthner (LBD)

Regierungspräsidium Karlsruhe

Referat 47.2 - Baureferat Mitte